

menlehre des Barons de Montesquieu, Gerichtspräsident und Mitglied des gelehrten Beamtenadels, dessen Werk *De l'Esprit des lois* schon zu seiner Zeit ein Bestseller war und bis heute ein Klassiker der westlichen politischen Tradition geblieben ist. Montesquieu definiert Despotie als die pervertierte Staatsform schlechthin, die auf Furcht, *terreur*, gegründet ist – im Unterschied zur Monarchie, die sich auf das Prinzip der Ehre, und zur Republik, die sich auf das Prinzip der Tugend stützt (*Esprit des lois* III, 1, 8 f.). Der Despot herrscht willkürlich und schrankenlos, ohne sich um Gesetze, Erbfolgeregeln oder Eigentumsrechte zu kümmern. Seine Herrschaft ist allerdings instabil, weil sie nicht auf freiwillige Akzeptanz der Bürger zählen kann. Er hält sich nur durch ständige Gewaltdrohung an der Macht und muss sich dazu auf das Militär stützen, dem er zugleich selbst ausgeliefert ist. Allenfalls die Religion trägt zur Aufrechterhaltung der Despotie bei, indem auch sie das Volk in Furcht und Schrecken hält (*Esprit des lois* V, 13 ff.). Montesquieus Art, die Staatsformen zu unterscheiden, war erstens originell, weil sie nicht mehr bei den Eigenschaften der Herrscher, sondern bei den Motiven der Herrschaftsunterworfenen ansetzte. Sie war zweitens auch originell, weil sie die Staatsformen systematisch zu allen erdenklichen Umweltbedingungen in Beziehung setzte. Montesquieu fragte sich, wieso die Despotie, die eigentlich der menschlichen Natur zuwiderlaufe, trotzdem so weit verbreitet sei, und kam zu dem Schluss, dass das an bestimmten klimatischen Gegebenheiten liege. Die Despotie war für Montesquieu ein Phänomen der heißen Klimazonen (*Esprit des lois* XVI, 9–12, XVII, 1–8). Bei genauerem Hinsehen zeigt sich, dass er dabei ein Zerrbild der «orientalischen», vor allem islamisch geprägten Herrschaften Asiens und Afrikas vor Augen hatte, deren wesentliches Merkmal er in der Vielweiberei erblickte. Diese Lehre war von größter Anziehungskraft für die Europäer, die sich damit ihrer eigenen, gleichsam naturgegebenen zivilisatorischen Überlegenheit versicherten (Osterhammel 1998; Sonderegger 2008). Wie Aristoteles die Nicht-Griechen als von Natur zum Despotismus geneigte Barbaren bezeichnet hatte, so beschrieb nun Montesquieu die Bewohner wärmerer Klimazonen als von Natur aus zur Sklaverei veranlagte Völker. Sein Despotismusbegriff, der sich schnell durchsetzte und ungeheuer populär wurde, diente zur Selbsterhöhung der Europäer und lieferte eine willkommene Rechtfertigung der kolonialistischen «Zivilisierungs-

mission». Die französische *Encyclopédie*, eines der erfolgreichsten Druck-
erzeugnisse der Aufklärung überhaupt, nannte als exemplarische Des-
potien die Türkei, das Mogulreich, Japan und Persien, «ja im Grunde
ganz Asien», wo die meisten Menschen lebten wie Tiere und nur ihrem
Instinkt und ihrer Furcht vor Strafe folgten (*Encyclopédie* IV, 1754, 886–
889). Dieses exotisierte Bild eines Despoten und seiner Untertanen
rechtfertigte nicht nur die Unterwerfung anderer Völker, sondern prägte
auch die Kritik an den absolutistischen Höfen in Europa selbst, die nun
als Abziehbilder orientalischer Haremsherrschaft erschienen. Ein Volk,
das sich nicht dem Vorwurf aussetzen will, sklavisch zu sein, muss sich
gegen den Despoten erheben, war der implizite Appell.

Der Despotismusbegriff der Aufklärung war allerdings ambivalent. Er
konnte durchaus auch ins Positive gewendet werden. Denn, so hieß es,
zur Überwindung der jahrhundertealten Missstände und Vorurteile,
Traditionen und Privilegien benötige man eben einen unumschränkten
Monarchen, einen *despote éclairé*, um die Widerstände der Privilegierten
zu brechen und der Herrschaft der Vernunft zum Durchbruch zu verhel-
fen. Während der Französischen Revolution beanspruchte Robespierre
für sich einen «Despotismus der Freiheit gegen die Tyrannei» (Mandt
1990, 678). Auf die gleiche Weise hat anderthalb Jahrhunderte später
auch Mao Zedong sich selbst als Despoten (*ba*) bezeichnet und den
«Großen Sprung nach vorn» mit der Gründung des chinesischen Kaiser-
reiches durch den traditionell als Gewaltherrscher verrufenen Kaiser
Qin Shihuang auf eine Stufe gestellt (Leese, s. S. 199 f.). Während die ei-
nen sich den alten Despotiebegriff selber aneigneten, um gewaltsamen
Umsturz von oben zu legitimieren, fanden andere, für die Moderne
seien die traditionellen Begriffe gar nicht mehr angemessen, zu funda-
mental und irreversibel sei der revolutionäre Umbruch.

In der Revolutionsepoche um 1800 veränderten sich die politischen
Begriffe grundlegend. Die Ideen des demokratischen Rechtsstaats, der
Volkssouveränität, der bürgerlichen Gleichheit und der Menschenrechte
breiteten sich aus und veränderten die Maßstäbe, an denen legitime
Herrschaft gemessen wurde. Das Modell der parlamentarischen Demo-
kratie löste nach und nach die Monarchie als politischen Normalfall ab –
auch wenn die neuen Regimes oft nur dem Namen nach demokratisch
und rechtsstaatlich waren. Alexis de Tocqueville, der Kritiker der Fran-

zösischen Revolution, fand 1835, dass «die alten Wörter Despotismus und Tyrannei nicht mehr passen», weil die Unterdrückung, der die Völker unter demokratischer Herrschaft ausgesetzt seien, sich grundlegend von allem Früheren unterscheide. Willkürherrschaft unter dem bloßen Schein der Demokratie und «Tyrannei der Mehrheit» eröffneten ganz andere Möglichkeiten der Unterdrückung, als sie die unumschränkten Monarchen des Alten Europa je besessen hätten (vgl. Schönplflug, S. 154 f.). Tatsächlich spielen die Begriffe Despotie und Tyrannis in der Staatsformenlehre des 20. und 21. Jahrhunderts kaum noch eine Rolle. Sie sind abgelöst worden von Begriffen wie Diktatur oder Autokratie, Totalitarismus oder Faschismus, Autoritarismus oder Populismus, die sich nicht auf die individuellen Laster einzelner Machthaber beziehen, sondern auf politische Strukturen. Deshalb sind auch in diesem Band manche Autorinnen und Autoren zurückhaltend, ihre Figuren «Despoten» oder «Tyrannen» zu nennen, sondern sprechen lieber von «Autokraten» oder «Faschisten», oder sie verzichten ganz auf solche Etikettierungen (vgl. s. v. Marx, Rothauge, Schlögel). Dass die totalitären Regimes des 20. Jahrhunderts Katastrophen von ganz anderen Ausmaßen herbeigeführt und Verbrechen von ganz anderer Qualität begangen haben, als sämtliche vormodernen Tyrannen sich vorstellen konnten, ist kaum zu bestreiten. Die Lasterkataloge der alten Fürstenspiegel wirken angesichts solcher Phänomene anachronistisch und sind analytisch nicht sehr hilfreich. Wenn die alten Begriffe heute in der öffentlichen Debatte trotzdem wieder Konjunktur haben, so ist das vielleicht ein Zeichen der allgemeinen Hilflosigkeit, die sich breitgemacht hat, seit die demokratische Fortschrittsgeschichte der Moderne an ihr Ende gekommen ist.

Kippfiguren

Klassische Tyrannen und Despoten tragen meist ein Doppelgesicht. Wer für die einen ein Tyrann, ist für die anderen oft ein Held – ein Reichsgründer, Eroberer oder Freiheitskämpfer. Solche historischen Gestalten polarisierten meist schon ihre Mitwelt und nicht selten die Nachwelt bis heute. Die Personen, die in diesem Band versammelt sind, liefern dafür zahlreiche Beispiele. Einige galten für die zeitgenössischen Eliten als Tyrannen und wurden später von den Historikern zu Nationalhelden,

Staatsbaumeistern oder Volkserziehern geadelt, so etwa Kaiser Heinrich IV. oder Friedrich Wilhelm I. von Preußen. In anderen Fällen war es erst die nachfolgende Generation, die das Bild eines Tyrannen prägte, wie im Falle von Gaius Caesar Germanicus, der erst später zu Caligula, dem Inbegriff des wahnsinnigen Herrschers stilisiert wurde, als der er bis heute gilt. Umstritten waren die hier versammelten Gestalten fast alle. Das liegt meist daran, dass ihre Herrschaft in Zeiten tiefer Krisen und Konflikte fiel, die sie selbst verschärften, so dass das Urteil über sie ebenso gespalten war wie die Gesellschaft als Ganze – so war es bei Richard III. in den englischen Rosenkriegen oder Katharina von Medici im französischen Bürgerkrieg, und so ist es bei Donald Trump im *«culture war»* der USA von heute. Ähnliches gilt auch für postkoloniale Machthaber wie Robert Mugabe oder Idi Amin, die zumindest eine Zeitlang als Freiheitskämpfer gegen die Kolonialherrschaft durchgingen, bis unübersehbar wurde, dass sie ihr eigenes Land in den Ruin trieben. Es gilt aber auch für einen kolonialistischen Gewaltherrscher wie Leopold II. von Belgien, der den Kongo wie eine private Sklavenplantage ausbeutete, während er zu Hause als konstitutioneller Monarch und Sozialreformer gefeiert wurde. Derzeit erlebt der Tyrannenbegriff auch deshalb eine beispiellose Konjunktur, weil er *«von unten»* gegen Politikerinnen und Politiker mobilisiert wird, die demokratisch beschlossene, aber unpopuläre Maßnahmen durchsetzen.

Machthaber in Umbruchszeiten sind zwangsläufig dann ambivalente Figuren, wenn sie selbst zu den historischen Veränderungen maßgeblich beigetragen haben, die einen tiefgreifenden Wandel der gesellschaftlichen Normen und Werte zur Folge hatten. Sie sind wie Kippfiguren: Misst man sie an den alten Maßstäben, gegen die sie verstoßen haben, dann erscheinen sie als Tyrannen. Misst man sie dagegen an den neuen Maßstäben, die sie selbst durchgesetzt und zur neuen Norm erhoben haben, dann erscheinen sie als visionäre Wegbereiter der neuen Zeit, und man verzeiht ihnen die dabei begangenen Grausamkeiten. Zar Peter *«der Große»*, Napoleon Bonaparte oder Mao Zedong sind solche Fälle. Wer in die Kategorien Gesetzgeber, Reichsgründer oder Revolutionsführer fällt und die spätere Entwicklung auf seiner Seite hat, dem wird nachträglich gern verziehen und *«historische Größe»* bescheinigt. Wenige Historiker widersetzen sich diesem Sog der Nachrationalisierung und der norma-

tiven Kraft des Faktischen – so wie Jacob Burckhardt, der das Phänomen in seinen *Weltgeschichtlichen Betrachtungen* auf den Punkt gebracht hat: «Wer also einer Gesamtheit Größe, Macht, Glanz verschafft, dem wird das Verbrechen nachgesehen.» Es gilt nur, «das gewaltsam Gewonnene so lange zu behaupten, bis alle Welt daran als an ein Recht gewohnt ist. Auf den Erfolg kommt hier Alles an» (Burckhardt 1956, 176). Dass Bashar al-Assad und Kim Jong Un zukünftig einmal in diese Kategorie fallen werden, ist unwahrscheinlich. Im Falle von Donald Trump erscheint es derzeit zumindest zweifelhaft – so steht jedenfalls zu hoffen. Wenn Wladimir Putin als «großer Mann» in die Geschichte einginge, so bedeutete das den Bankrott aller universellen Werte seit der Aufklärung.

Zur Auswahl der Beiträge

Bei der Auswahl der Personen für diesen Band hatten wir die Qual der Wahl. Es gibt Fernsehserien, frivole Quartettspiele und Rankings, die die «Top-Tyrannen der Weltgeschichte» aufzählen. Damit wollen wir nicht konkurrieren. Tyrannei lässt sich nicht quantifizieren, Despotismus nicht messen. Über jede Wahl und jede Auslassung lässt sich streiten. Auch ist bei weitem nicht jeder grausame Gewaltherrscher in die Weltgeschichte eingegangen und im kollektiven Gedächtnis heute noch präsent. Man hätte auch Herodes I. statt Nero, Dschingis Khan statt Sultan Ibrahim, Wilhelm II. statt Friedrich Wilhelm I., Pol Pot statt Mao Zedong, Mussolini statt Franco, Videla statt Pinochet, Mobutu statt Mugabe auswählen können. Und mancher wird die aktuellen Despoten vermissen: von Maduro in Venezuela über Bolsonaro in Brasilien und Duterte auf den Philippinen bis zu Xi Jinping in China oder Lukaschenko in Belarus. Auf sie mussten wir aus Platzgründen leider verzichten. Hitler und Stalin dagegen haben wir bewusst ausgelassen. Diese Entscheidung haben wir uns nicht leicht gemacht. Beide galten und gelten als Tyrannen par excellence. Dennoch wollten wir sie mit den anderen hier behandelten Tyrannen-Figuren nicht in einem Atemzug nennen; ihre Verbrechen erschienen uns mit denen der anderen inkommensurabel.

Und was ist mit den Frauen? Gab es in der Weltgeschichte nicht auch Tyranninnen und Despoten-Paare? Wenn in diesem Buch nur zwei Frauen vorkommen – Katharina von Medici und Jiang Qing, die Gattin